



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

vor Ihnen liegt wiederum ein neuer „Monika Griefahn MdB Newsletter“.

Ich wünsche eine spannende Lektüre!

Ihre

In dieser Ausgabe

- > Monika Griefahn fordert, Kultur als Staatsziel zu verankern S.13
- > Berlinfahrt mit Überraschung S. 13
- > Aktuelle Termine S. 14
- > Politik im Internet: Aktuelle Link-Tipps S. 14

In dieser Ausgabe

- > Monika Griefahn zu der Landtagswahl in NRW und zum Vorschlag für Neuwahlen S. 1
- > Europaabgeordnete Erika Mann diskutierte mit Jugendlichen S. 2 / Erika Mann MdEP und Monika Griefahn MdB werben für die Europäische Verfassung S.3 / Die SPD-Europaabgeordnete Erika Mann besuchte die Chemiefabrik Bock in Marschacht S. 4
- > Betriebsrätekonzferenz der SPD-Bundestagsfraktion ein voller Erfolg S. 5
- > Ganztagschulen: Zeit für mehr Zukunft, Bildung und Betreuung S. 6
- > Bürgerpreis Landkreis Harburg 2005: Preisträger 2004 Heinz Kirsch stiftet Preisgeld für Kindertagesstätten S. 7
- > Besuch im Schullandheim Schneverdingen S. 8
- > Schadstoffe beim Bau erkennen und vermeiden S. 8
- > Monika Griefahn informierte sich im Tierheim Hodenhagen S. 9
- > Umsetzung von Hartz IV: Monika Griefahn und Lars Klingbeil informierten sich bei der Agentur für Arbeit S. 10
- > Monika Griefahn besuchte Agentur für Arbeit Lüneburg S. 11
- > Jugendliche mit einem Bundestags-Stipendium für ein Jahr in die USA S. 11
- > Schüler aus Kakenstorf zu Gast im Bundestag S. 12
- > Monika Griefahn eröffnete 4. Fachgespräch zur UNESCO Konvention S. 13

Monika Griefahn zu der Landtagswahl in NRW und zum Vorschlag für Neuwahlen

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn erklärt:

„Die SPD ist in Nordrhein-Westfalen mit 37 Prozent nach wie vor eine starke Kraft. Trotzdem stellt sich bei den hohen Stimmenverlusten die Frage, wie viele Bürger in Deutschland noch den schwierigen Weg der notwendigen Veränderungen für eine längerfristige Sicherung des Sozialstaates gehen wollen. Deshalb finde ich es richtig, dass Gerhard Schröder und Franz Müntefering sich für Neuwahlen ausge-

sprochen haben. Wir in der rot-grünen Regierungskoalition und mit uns der Kanzler können nur dann wirkungsvolle Veränderungen initiieren, wenn die Mehrheit der Bürger der Ansicht ist, dass unsere Konzepte die wirkungsvollsten sind.

Dank der sich nun abzeichnenden vorgezogenen Wahl wird es für die CDU/CSU ab jetzt nicht mehr ausreichen, immer wieder nur den politischen Wechsel zu beschwören und dabei notwendige Gesetze im Bundesrat zu blockie-

ren. Im Wahlkampf muss die Union nun endlich zeigen, ob und welche eigene Konzepte sie hat, um die Probleme im Land zu lösen. Dabei reicht es nicht länger aus, nur zu sagen, man könne es besser als die derzeitige Regierung.

Mit wichtigen Schritten haben wir bereits viel angestoßen. Dabei orientieren wir uns immer an den Prinzipien Wohlstand für alle, soziale Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit. Die SPD wird auch weiterhin für ein System

kämpfen, in dem auch die Schwachen in der Gemeinschaft aufgehoben werden. Dafür haben wir Konzepte. Was die Opposition konkret will, das muss sie erst noch zeigen. Wir jedenfalls wollen keinen ‚Turbokapitalismus‘ nach amerikanischem Vorbild.

Ich bin bereit, mich auch weiterhin im Deutschen Bundestag für sozialdemokratische Politik zu engagieren und trete dafür gern wieder als Kandidatin an.“

Europaabgeordnete Erika Mann diskutierte mit Jugendlichen

Die Europäische Verfassung hat eine große Bedeutung für den Frieden



Georg Rothmaler (rechts), Fachbereichsleiter Gesellschaftswissenschaften an der KGS Schneverdingen, hatte die Diskussion zu EU-Themen für die 10. und 11. Klassen organisiert. Er dankte der Europaabgeordneten Erika Mann (Mitte) und der Bundestagsabgeordneten Monika Griefahn (links) für die Informationen.

„Europa hautnah“, hieß es in der KGS Schneverdingen, als die Europaabgeordnete Erika Mann (SPD) mit den Schülerinnen und Schülern aus vier 10. und 11. Klassen diskutierte. Sie war auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Monika Griefahn in den Landkreis Soltau-Fallingb. gekommen. Übrigens eine Region, die sie noch sehr gut kennt: Erika Mann ist in Bomlitz aufgewachsen, wie sie in der KGS erzählte. Sie gehört seit 1994 dem Europäischen Parlament an, ist Mitglied im Ausschuss für internationalen Handel und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie sowie im Haushaltskontrollausschuss.

Am 12. Mai wurde im Bundestag über die neue Europäische Verfassung abgestimmt, und am 27. Mai erfolgte die Abstimmung im Bundesrat. „Wie soll die Zukunft Europas

aussehen?“ war das zentrale Thema der Diskussion. Erika Mann sprach das Referendum in Frankreich an. Wird der neuen Europäischen Verfassung nicht von allen EU-Mitgliedsstaaten zugestimmt, gilt zunächst der bisherige Vertrag weiter und es müssen sich die Staats- und Regierungschefs weiter mit dem Vertragswerk befassen, um eine Lösung herbeizuführen. „Für mich ist die Diskussion um die neue EU-Verfassung schizophoren“, erklärte Erika Mann. „Es sind dort genau die Regelungen enthalten, die bisher gefordert wurden. Auch haben die Länder ein Einspruchsrecht, wenn sie von zusätzlichen Regelungen betroffen sind. Zehn neue Staaten sind aufgenommen worden, es geht jetzt in die nächste Runde der Erweiterung. Die Aufnahmeverhandlungen werden schwieriger ohne neue Verfassung. Dies ist aber genau das Thema in Frankreich, wo man sagt, sind wir denn noch nicht genug Staaten in der EU?“ Erika Mann ging auf die drei Hauptelemente der neuen Verfassung ein: mehr Demokratie, mehr Transparenz und mehr Effizienz. Die Dienstleistungsrichtlinie bezeichnete sie als „die empfindlichste Baustelle“: „Es gibt immer regionale Standards, regionale Empfindlichkeiten.“ Die Regelung, wie sie bisher von der EU-Kommission vorgesehen sei, werde so nicht kommen, erläuterte die EU-Abgeordnete. Man sei dabei Änderungsvorschläge zu schreiben und abzustimmen. Die Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn berichtete über die Diskussion der Europäischen Verfassung im Bundestag. „Ich setze mich für die Europäische

Verfassung ein, weil sie ein gemeinsames Dach ist. deswegen haben wir doch jeder unsere eigene Sprache, unsere eigene Kultur, aber sie gibt Regeln für eine Zusammenarbeit, für ein gemeinsames Leben“, erklärte sie. „Das erste Ziel war die gemeinsame Währung, das Ziel wurde erreicht. Wir wollen gut und in Frieden miteinander leben, wir alle wollen die gleichen Bildungschancen haben. Die Europäische Verfassung hat eine große Bedeutung für den Frieden.“ Die Frage der Jugendlichen nach den „endgültigen Grenzen der EU“ konnte Erika Mann nicht beantworten. „Früher habe ich mir nicht vorstellen können, dass wir so schnell baltische Staaten aufnehmen. Wenn man an Europa festhält, muss man auch offen sein. Wir nehmen jetzt Rumänien auf, gleich daneben liegt das kleine Moldavien, die eine Sprachengemeinschaft haben. Gehört es dazu oder nicht? Eine Abgrenzung ist immer schwierig.“ Bis ein Land zur EU gehöre, vergehen 10 bis 15 Jahre als Aufnahmeprozess, wurde erläutert. Niedriglöhne seien ein Übergangsproblem, in allen Ländern gebe es unterschiedliche Standards in vielen Bereichen. Die Frage der Regelung von Mindestlöhnen über Arbeitsverträge oder über das Gesetz wurde mit den Jugendlichen diskutiert, ebenso die Frage Volksabstimmung oder Parlamentsabstimmung der Verfassung und die Frage, ob der Import von Billigtextilien aus China gestoppt werden sollte. Wie man sich die Europäisierung vorstelle, wollten die Jugendlichen wissen, und wie es mit der Eigenstän-

digkeit der Kultur weitergehen solle. „Die Stärke von Europa ist gerade die kulturelle Vielfalt“, stellte Monika Griefahn heraus. „Was erwartet Ihr von Europa“, wollte Erika Mann gerne von der Jugendlichen erfahren. Man könnte woanders studieren und auch in anderen Ländern eine Ausbildung machen, kamen als Erwartungen. Kritisch wurde angemerkt, warum gleich so viele Staaten auf einmal in die EU aufgenommen wurden, statt nach und nach, wie es vorher der Fall war. „Polen aufzunehmen, war eine historische Verantwortung“, erklärte Erika Mann. „Man muss es auch geschichtlich sehen. Nachbarschaftliche Nähe und Unterstützung ist auch wichtig.“ Auch die Aufnahme der Türkei in die EU wurde thematisiert. „Dies ist noch ein Weg von 10 bis 15 Jahren. Die Türkei ist Natoland und Zollunion, ein verlässlicher Partner“, erläuterte Erika Mann. „Die Aufnahme der Türkei wäre ein positives Signal an alle arabischen Staaten.“ Wie es denn mit der von der CDU geforderten privilegierten Partnerschaft für die Türkei sei, ob das nicht ausreichen würde, wurde gefragt. „Was die CDU konkret mit diesem Modell will, ist nicht klar. Eine privilegierte Partnerschaft der Türkei haben wir eigentlich schon“, erläuterte die Europaabgeordnete. „Doch wir wollen nun unsere Zusagen an die Türkei auch umsetzen. In den nächsten 10 bis 15 Jahren wird es ein spannender Prozess werden. Auch dort wollen viele einen Modernisierungsprozess in Gang setzen und Mitglied der europäischen Wertegemeinschaft werden.“

Erika Mann MdEP und Monika Griefahn MdB werben für die Europäische Verfassung

Deutscher Bundestag entschied am 12. Mai 2005 über Ratifikation



Die EU-Verfassung ist in aller Munde, aber niemand weiß so recht, warum es dabei eigentlich geht und wann sie denn überhaupt in Kraft tritt. Die SPD-Europaabgeordnete Erika Mann und die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn werben jetzt für die Europäische Verfassung. Monika Griefahn: „Ich bin für die Verfassung, weil erstmals in einem Vertragswerk der EU die Kommunen mit einbezogen sind und die Parlamente nicht erst nach der

Verabschiedung von EU-Richtlinien beteiligt werden. Außerdem wird die EU-Grundrechte-Charta fester Bestandteil der Verfassung.“ Nachdem der so genannte Europäische Konvent den Entwurf für eine Verfassung für Europa im Sommer 2003 vorgelegt hatte und sich die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten im Juni 2004 die letzten strittigen Fragen des Entwurfs ausgeräumt hatten, haben die Staats- und Regierungschefs der EU haben am 29. Oktober 2004 das Vertragswerk feierlich in Rom unterzeichnet. Die eigentlich spannendste Phase begann aber erst danach und wird voraussichtlich bis Ende 2006 andauern: der Ratifizierungsprozess. Das bedeutet, dass alle

Mitgliedsstaaten der EU dem Vertrag zustimmen müssen. Das geschieht entweder durch die Parlamente oder in Volksabstimmungen. In den meisten Staaten - genauer gesagt in 16 von 25 - ratifizieren die Parlamente, so auch in Deutschland. In den anderen neun Ländern gibt es Volksabstimmungen. Haben alle Staaten zugestimmt, kann die Verfassung am 1. November 2006 dann endgültig in Kraft treten und ersetzt den seit 2003 geltenden Vertrag von Nizza als Grundlage der Europäischen Union. Der Bundestag hatte für die Ratifizierung in Deutschland den 12. Mai 2005 angesetzt. Zwei Drittel der Mitglieder des Bundestags mussten der Verfassung zustimmen.

Die Bundesregierung hatte im November 2004 das entsprechende Gesetz verabschiedet und dem Bundestag zugeleitet. Der Bundesrat hat ebenfalls der Verfassung zugestimmt. Damit ist die Verfassung in Deutschland ratifiziert. Die Franzosen haben die Verfassung jetzt abgelehnt. Wird die EU-Verfassung wider Erwarten nicht ratifiziert, zum Beispiel weil eine Volksabstimmung gegen die Verfassung ausgeht, sieht die Verfassung vor, dass sich die Staats- und Regierungschefs der EU mit dieser Frage befassen müssen, um dann eine Lösung zu erarbeiten. Der Nizza-Vertrag würde in diesem Fall erst einmal weiter gelten.



Im Vergleich zu den gegenwärtigen Verträgen wird mit der Verfassung eine Stärkung des demokratischen Charakters der Union vorgenommen. Es geht um mehr Demokratie, mehr Transparenz und mehr Effizienz:

Mehr Demokratie

- Festschreibung des Subsidiaritätsprinzips: Das heißt, die EU muss künftig begründen, warum eine Maßnahme auf EU-Ebene geregelt werden muss und nicht in den Nationalstaaten.
- Die nationalen Parlamente (in Deutschland Bundestag oder Bundesrat) können notfalls vor dem Europäischen Gerichtshof gegen Verstöße gegen das Subsidiaritätsprinzip klagen.
- Das Europäische Parlament erhält mehr Kompetenzen: Es wählt künftig den Präsidenten der EU-Kommission und wird mit dem EU-Ministerrat im Gesetzgebungsverfahren gleichberechtigt.

- Mit europaweit 1 Millionen Unterschriften kann man künftig ein Europäisches Bürgerbegehren initiieren.

- Die Charta der Grundrechte wird in die Verfassung aufgenommen.

Mehr Transparenz

- Die Verfassung ordnet die politischen Zuständigkeiten zwischen EU und Mitgliedsstaaten - ähnlich wie das deutsche Grundgesetz bei Bund und Ländern - 1. nach ausschließlicher Zuständigkeit der EU (zum Beispiel Handelspolitik, Zollunion, Währungspolitik der Eurozone), 2. gemeinsamer Zuständigkeit von EU und Mitgliedsstaaten (zum Beispiel Binnenmarkt, Verkehr, Energie, Landwirtschaft, Umwelt) und

- 3. Zuständigkeiten der Mitgliedsstaaten, bei denen die EU unterstützend und koordinierend tätig wird (zum Beispiel Bildung, Jugend, Kultur).

- Vereinfachung der Rechtssetzungsarten: Künftig gibt es das unmittelbar geltende Europäische Gesetz und das Europäische Rahmengesetz, das von den Mitgliedsstaaten mit gewissen inhaltlichen Spielräumen noch in nationales Recht umgesetzt werden muss.

Mehr Effizienz

- Ausweitung der Mehrheits-Entscheidungen, die im Ministerrat mit qualifizierter Mehrheit statt nach Einstimmigkeitsprinzip getroffen werden können. Die Mehrheiten müssen 55 Prozent der Staaten und

65 Prozent der Bevölkerung der Union repräsentieren. Deutschland erhält damit ein größeres Gewicht.

- Der Europäische Rat hat künftig für 2,5 Jahre einen hauptamtlichen Präsidenten, die bisher halbjährlich rotierende Ratspräsidentschaft entfällt damit. Es entsteht mehr Kontinuität an der Spitze der Union.

- Die EU erhält einen Außenminister, der die Außenpolitik der EU-Staaten koordinieren soll.

- Die Zahl der EU-Kommissare wird von 2014 an auf zwei Drittel der Zahl der Mitgliedsstaaten beschränkt.

Weitere Informationen zur Europäischen Verfassung unter:
http://europa.eu.int/constitution/index_de.htm

Die SPD-Europaabgeordnete Erika Mann besuchte die Chemiefabrik Bock in Marschacht

Geplante EU-Chemikalienrichtlinie REACH ist noch in Arbeit



Das Foto zeigt (von rechts): Uwe Harden MdL, Erika Mann MdEP, Dr. Detlev Schmidt, Monika Griefahn MdB, Samtgemeindebürgermeister Rolf Roth, Brigitte Somfleth MdL und SPD-Ortsvereinsvorsitzender Claus Eckermann.

Auf Einladung der SPD-Bundestagsabgeordneten Monika Griefahn besuchte jetzt die SPD-Europaabgeordnete Erika Mann die Chemische Fabrik Bock in Marschacht. Nach einem Betriebsrundgang diskutierte sie mit dem Geschäftsführer, Herrn Dr. Detlev Schmidt, über die geplante EU-Chemikalienrichtlinie REACH. Am Termin nahmen ebenfalls teil: Hedi Wegener MdB, Uwe Harden MdL, Brigitte Somfleth MdL, Samtgemeindebürgermeister Rolf Roth und SPD-Ortsvereinsvorsitzender Claus Eckermann. Geschäftsführer Dr. Detlev Schmidt stellte zu nächst durch einen Vor-

trag und bei einem anschließenden Betriebsrundgang die Produktion der Chemischen Fabrik Bock dar. Die Firma wurde 1948 / 50 in Hamburg-Billbrook gegründet, zog 1967 / 68 nach Marschacht und beschäftigt heute fast 100 Mitarbeiter. Hauptprodukt der Firma ist die Thioglykolsäure und ihre Derivate. Bei einigen Produkten ist die Firma sogar Weltmarktführer, bei einigen anderen Produkten einer von nur drei oder vier Produzenten weltweit. Hauptprodukte sind Stabilisatoren für Kunststoffe, Chemikalien für die Kosmetikindustrie (Dauerwellen, Haarglätter, Enthaarung), die Polymerchemie (Coatings = Farben, Lacke und Beschichtungen; Acryl- und Epoxydharze), Chemikalien für die Lederverarbeitung und Gummiproduktion und für sonstige Anwendungen (Wasserbehandlung, Ölförderung, Pharmaindustrie und leitende Polymere z.B. für optische LEDs und Kondensatoren). Anschließend informierte die SPD-Europaabgeordnete Erika Mann zum Stand der geplanten EU-Chemikalienrichtlinie REACH. Das von der Kommission vorgeschlagene System zur Registrierung, Bewertung und Zulassung von chemischen Stoffen (REACH) wird zurzeit in den Aus-

schüssen des Europäischen Parlaments beraten. Ziel der geplanten Richtlinie ist eine bessere Chemikaliensicherheit in der Europäischen Union. Am 19. Januar 2005 fand eine öffentliche Anhörung im Europäischen Parlament zu diesem Thema statt. Erika Mann ist für die SPE-Fraktion im Industrienausschuss zuständig für das REACH-Gesetzgebungsverfahren. Ihrer Meinung nach ist der Vorschlag der Kommission, eine Vereinheitlichung der Bewertung von Chemikalien und eine Erfassung aller Stoffe vorzunehmen, insgesamt zu begrüßen. „Die Anhörung im Europäischen Parlament hat allerdings deutlich gezeigt, dass viele Aspekte und Auswirkungen der Verordnung nicht umfassend geklärt sind. Allein in Niedersachsen bieten 173 zumeist mittelständische Chemiebetriebe 28 000 Arbeitsplätze für 28 000 Menschen. Aus diesem Grund muss REACH so gestaltet werden, dass die Verlagerung wichtiger chemischer Märkte in Drittstaaten verhindert wird“, so Erika Mann. Herr Dr. Detlev Schmidt bewertete anschließend aus seiner Sicht die geplante REACH-Gesetzgebung. Auch in den USA gebe es mit dem HPV-Programm bereits ein Zulassungsverfahren, das allerdings nur für Chemikalien mit einer Jahresproduktion von über 1.000 Tonnen gelte. In Europa sei nun mit der Einführung eines Zulassungs- und Bewertungsverfahrens für die Altstoffe zu rechnen. REACH set-

ze jedoch schon bei einer Jahresproduktion von nur 1 Tonne an. Bei größeren Mengen trage das Geschäft die Kosten, fraglich sei aber, ob sich das teure Zulassungsverfahren auch bei in kleineren Mengen produzierten Chemikalien lohne. Offen sei auch noch die Frage der Konsortienbildung, das heißt, welche Firma von diversen weltweit produzierenden Unternehmen für das Zulassungsverfahren zuständig sein soll und wie die Kosten unter allen Produzenten und Importeuren verteilt würden. Erika Mann berichtete aus den laufenden Beratungen, dass es keine Zwangskonsortien geben werde und dass bei der auf einen langen Zeitraum (11 Jahre) angelegten Umsetzung im Interesse des Gesundheitsschutzes die Priorität auf solchen Stoffen liegen werde, mit denen Menschen direkt in Kontakt kommen.

Einig waren sich Erika Mann MdEP, Monika Griefahn MdB und Dr. Detlev Schmidt sowie alle anderen Beteiligten darin, dass REACH einerseits zu mehr Chemikaliensicherheit beitragen kann, dass andererseits auch die Belange der deutschen und niedersächsischen Chemieindustrie in das Gesetzgebungsverfahren einfließen müssen.

Weitere Firmeninformationen im Internet unter: www.brunobock.de oder www.bock-thiochemicals.com.

Hintergrundinformationen zu REACH

Die EU-Kommission veröffentlichte im Mai 2003 ein Beratungsdokument über die Registrierung, Evaluierung, Autorisierung und Beschränkung von Chemikalien (REACH). Das Dokument enthält den gemeinsamen Vorschlag der Generaldirektionen Umwelt und Unternehmen für eine Verordnung, die die Strategie für eine zukünftige Chemiewirtschaft umsetzt, die im Weißbuch zur Chemiewirtschaft aus dem Frühjahr 2001 beschrieben ist.

Die EU-Kommission formulierte sieben spezifische Ziele für die Entwicklung einer neuen Chemiewirtschaft:

- Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt vor Gefahren im Zusammenhang mit der Herstellung, der Verwendung und der Entsorgung von Chemikalien;
- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Chemischen Industrie; • Verhinderung der Zersplitterung des Binnenmarkts wegen der unterschiedlichen nationalen Standards in der Chemikaliensicherheit und in der Risikobewertung;
- erhöhte Transparenz, z. B. im Hinblick auf Eigenschaften der vermarkteten Chemikalien

und auf Expositionen von Mensch und Umwelt;

- Einbindung in internationale Bestrebungen auf UN- und OECD-Ebene, wie das Globally Harmonised System (GHS) zur Einstufung und Kennzeichnung gefährlicher Chemikalien, und die Einführung der Stockholmer Konvention über persistente organische Schadstoffe (POP-Konvention);

- Förderung der Chemikalienprüfung ohne Tierversuche, z.B. durch Anerkennung von Daten, die ohne Wirbeltierversuche zustande gekommen sind oder durch Nutzung bereits bestehender Daten;

- Erfüllung internationaler Verpflichtungen der EU gegenüber der Welthandelsorganisation (WTO), z.B. bezüglich nicht gerechtfertigter Handelshindernisse bei der Vermarktung von Chemikalien.

Innerhalb von 11 Jahren nach Inkrafttreten der Verordnung (ca. 2006 oder später) sollen alle Stoffe, die in Mengen von mehr als 1 t pro Jahr hergestellt oder importiert werden, mit einem verbindlichen Datensatz auf EU-Ebene (bei der neuen EU-Zentralbehörde) registriert werden. Der Einführungsprozess wird

schrittweise mit hochvolumigen Stoffen (>1000 t/a) und solchen Stoffen beginnen, die als krebserzeugend, erbgutverändernd oder fortpflanzungsgefährlich eingestuft sind. Die Hersteller sind verpflichtet, eine Chemikalien-Sicherheitsbewertung (= Chemicals Safety Assessment [CSA]) durchzuführen, die den gesamten Lebenszyklus des Stoffes umfasst, das heißt die Herstellung in der eigenen Firma und die generelle Verwendungsart durch die direkten Kunden sowie durch weitere Anwender im Verlauf der Wertschöpfungskette. Die Ergebnisse der CSA und die daraus folgenden Risiko-Managementempfehlung werden in einem Chemikalien-Sicherheitsbericht (Chemical Safety Report [CSR]) zusammengestellt.

Der CSR enthält außerdem alle relevanten Informationen, die dem Ergebnis der Sicherheitsbewertung zu Grunde liegen, wie z.B. die Beschreibung der Stoffeigenschaften, die (öko)toxikologisch abgeleitete Expositionsobergrenze sowie die Annahmen zu den Verwendungsbedingungen und zur maximal erwarteten Expositionshöhe. Die relevanten Infor-

mationen des CSA werden an die Stoffanwender über das Sicherheitsdatenblatt (SDB) weitergegeben. Wenn bestimmte Informationen über die Eigenschaften der zu registrierenden Stoffe nicht zur Verfügung stehen, soll der Registrierende Vorschläge für die Durchführung entsprechender Tests einreichen, die dann von der zuständigen Behörde innerhalb einer festgelegten Frist evaluiert werden.

Zusätzlich zu diesen Registrierungs-, Bewertungs- und Informationsmechanismen enthält REACH zwei weitere Instrumente, um die Verwendung der gefährlichsten Stoffe einzuschränken. In Zukunft wird für den Gebrauch von Stoffen mit sehr hohem Gefahrenpotential, z.B. den erbgutverändernden (mutagenen) Substanzen, eine Zulassung benötigt. Beschränkungen der Vermarktung und der Verwendung können für jene Stoffe ausgesprochen werden, bei denen die Risikoabschätzung der Behörden unter Berücksichtigung sozioökonomischer Faktoren nicht akzeptable Risiken gezeigt hat.

Betriebsrätekonferenz ein voller Erfolg



Das Foto zeigt die Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn (Mitte) zusammen mit Jörn und Jo-Margot Gierach bei der Betriebsrätekonferenz in Berlin.

Die Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn lud Betriebsräte des Landes Harburg zur Konferenz nach Berlin. Die vor drei Jahren von Klaus Brandner und Franz Mün-

tefering ins Leben gerufene Betriebsrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion im Berliner Reichstag ist heute eine feste Größe im politischen Kalender. Davon zeugen nicht nur die steigenden Besucherzahlen, sondern auch die große Resonanz unter Berliner Spitzenpolitikern und Experten. Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement, Partei- und

Fraktionsvorsitzender Franz Müntefering, Generalsekretär Klaus-Uwe Benneter, DGB-Chef Michael Sommer, Wirtschaftsexperte Prof. Dr. Gustav Horn – sie alle suchten den konstruktiven und anregenden Austausch mit den mehr als 400 Interessenvertretern aus der Praxis. Neben dem Dialog zwischen Politik und Betrieb standen die Ausführungen der Experten zum Thema „Industriepolitik - in Deutschland und Europa“ im Mittelpunkt. Franz Müntefering und Klaus Brandner erläuterten die Ausrichtung sozialdemokratischer Industriepolitik: „Nur mit attraktiven

Bedingungen für Forschung und Entwicklung, für Investitionen und Produktion, für Finanzierung und Verkauf“, so Brandner, „schaffen Firmen an Standorten in Deutschland und Europa dringend benötigte Arbeitsplätze. Die internationale Vernetzung wird immer intensiver. Umso wichtiger ist es, die nationalen Spielräume zu nutzen und insbesondere auf europäischer Ebene Industriepolitik aktiv zu gestalten, damit unsere hohe Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleibt. Deutschland ist ein starker Industriestandort. Das zeigen nicht nur die erfolgreichen Exportzahlen.“

Klaus Brandner hob die große Bedeutung der Betriebsrätekonferenz als Ort des konstruktiven Austauschs hervor. Die große Herausforderung der Globalisierung ließe sich nur durch starke Vertreter der Arbeitnehmerinteressen und starke handlungsfähige Gewerkschaften meistern. Die Betriebsrätekonferenz habe gezeigt, dass vor dem Hintergrund des Standortwettbewerbs insbesondere diejenigen Unternehmen erfolgreich seien, die ihre Beschäftigten nicht nur unter Kostengesichtspunkten betrachten, sondern auf Qualität setzten. „Es ist deutlich geworden, dass

es nicht auf billiger, sondern auf besser ankommt. Das gilt nicht nur für Waren und Dienstleistungen, sondern gerade und besonders für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, so Klaus Brandner in seinem Schlusswort.

Die ver.di-Betriebsräte Herrn Jörn Gierach und Frau Jo-Margot Gierach aus Buchholz i.d. Nordheide konnten viele Anregungen aus Berlin mitnehmen. Sie sprachen mit Monika Griefahn und konnten gleichzeitig die Situation im Betrieb vor Ort direkt schildern.

Ganztagschulen: Zeit für mehr Zukunft, Bildung und Betreuung

Landkreis Soltau-Fallingb. hui, Landkreis Harburg pfui?

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn informierte jetzt zum Thema Umsetzung des Ganztagschulprogramms „Zukunft Bildung und Betreuung“ des Bundes. Die Umsetzung des Programms läuft auf vollen Touren. 4 Milliarden Euro stellt der Bund für Investitionen zur Schaffung zusätzlicher Ganztagschulplätze in den Jahren 2003 bis 2007 zur Verfügung.

Eltern, Lehrer und Schüler spüren deutlich, dass sich etwas tut in unserem Land. Und sie beteiligen sich aktiv an der Neugestaltung ihrer Schule. Im Sommer 2004 konnte die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn, die 1000. Ganztagschule, die über das Ganztagschulprogramm gefördert wurde, öffentlich einweihen. Mitte dieses Jahres werden es schon insgesamt 3.000 Schulen sein, die von dem Programm profitiert haben - und das in allen 16 Ländern. Im

Land Niedersachsen arbeiten gegenwärtig 349 geförderte Schulen an dem Ganztagsprogramm. Dabei geht es nicht allein um Baumaßnahmen, es geht vor allem um eine neue Qualität von Schule und Unterricht. Die Bundesregierung arbeitet jetzt gemeinsam mit den Ländern intensiv daran, dass diese neuen Ganztagsangebote die frühe und individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt stellen. Es muss gemeinsames Anliegen von Bund und Ländern sein, die Bildungschancen von allen Kindern deutlich zu verbessern. Dies ist auch ein Herzstück sozialdemokratischer Bildungspolitik! Alle Länder planen - nach ihren vorläufigen Vorhabenanmeldungen - die vollständige Inanspruchnahme der Investitionsmittel des Bundes. Die Länder können die ihnen aus dem Ganztagschulprogramm jährlich zur Verfügung stehenden Mittel

in die Folgejahre übertragen.

Das Land Niedersachsen hat jetzt die Vorläufige Vorhabenplanung 2005 für das Investitionsprogramm "Zukunft Bildung und Betreuung" vorgelegt

Heinrich-Christoph-Londy-Schule (HRS) Rethem (Aller) (15.000 Euro), KGS Schneverdingen (1.485.000 und 1.557.000,00 Euro), Wilhelm-Röpke-Schule Schwarmstedt (1.534.000



(Stand: Mai 2005). Berücksichtigt werden aus dem Landkreis Soltau-Fallingb. voraussichtlich die folgenden Schulen (in Klammern die beantragte Fördersumme): Haupt- und Realschule Bad Fallingb. (36.000 Euro), Freie Waldorfschule Bomlitz (1.750.000 Euro), Haupt- und Realschule Bomlitz (36.000 Euro), Haupt- und Realschule Hodenhagen (38.000 Euro), Gymnasium Munster (385.000 Euro), Haupt- und Realschule Munster (317.000 Euro),

Hauptschule Soltau (148.000 Euro), Hauptschule, Realschule, Gymnasium Soltau (649.000 Euro), Gymnasium Soltau (157.000 Euro), Gymnasium Walsrode (10.000 Euro) und Haupt- und Realschule Walsrode (223.000 Euro).

Die Beteiligung der Schulen im Landkreis Soltau-Fallingb. am Ganztagschulprogramm ist sehr erfreulich, die beantragten und zum überwiegenden Teil schon gewährten Zuschüsse liegen gemessen an der Be-

völkerungszahl um 16 % über dem Landesdurchschnitt.

Berücksichtigt werden aus dem Landkreis Harburg voraussichtlich die folgenden Schulen (in Klammern die beantragte Fördersumme):

Waldschule Buchholz i. d. Nordheide (848.000 Euro), Hauptschule Neu Wulmstorf (527.000 Euro), Rudolf-Steiner-Schule Nordheide = Waldorfschule Kakenstorf (1.368.000 Euro), Haupt- und Realschule Salzhau- sen (1.350.000 Euro) und Gymnasium Winsen (Lu- he) (1.260.000 Euro).

Die Beteiligung der Schu- len im Landkreis Harburg am Ganztagsschulpro- gramm ist dagegen äu- ßerst verhalten, die bean-

tragten Zuschüsse liegen gemessen an der Bevölke- rungszahl um 55 % unter dem Landesdurchschnitt.

Monika Griefahn: „Das Ergebnis für den Land- kreis Soltau-Fallingbostel ist hervorragend, für den Landkreis Harburg dage- gen sehr blamabel. Im Landkreis Soltau- Fallingbostel wurden be- reits 14 Schulen mit ei- nem Fördervolumen von 8,34 Millionen Euro in das Ganztagsschulprogramm aufgenommen. Das ist überdurchschnittlich und lobenswert. Im einwoh- nerstarken Landkreis Har- burg sind es nach Aus- kunft des Landes dage- gen nur fünf Schulen mit be- antragten insgesamt 5,353 Millionen Euro För- dermitteln. Der Landkreis

Harburg hat rund 3 % der Einwohner Niedersach- sens und sicher einen ü- berdurchschnittlichen Schüleranteil. Hätten sich die Schulen im Landkreis Harburg wie in anderen Landkreisen am Pro- gramm beteiligt, bei dem niedersachsenweit rund 401 Millionen Euro verteilt werden, so würde auf den Landkreis Harburg eine Fördersumme von 11,979 Millionen Euro entfallen. Dem Landkreis sind also rund 6,6 Millionen Euro an Fördergeldern entgan- gen. Hat der Landkreis Harburg, der als Schul- bauträger grundsätzlich die Kosten des Schulbaus tragen muss, zuviel Geld? Man hätte die Kollegien der Schulen im Landkreis Harburg stärker ermun-

tern können, die Umstel- lung zur Ganztagschule zu wagen. Schuld daran sind vor allem die ana- chronistische Schulpolitik der CDU/FDP- Landesregierung und die ebenfalls rückschrittliche Schulpolitik der CDU- Kreistagsfraktion im Landkreis Harburg. Keine Gesamtschule im ganzen Landkreis und kaum Ganztagschulen, viel Se- lektion und wenig Koope- ration – die Schulstruktur ist eine der rückschritt- lichsten in ganz Nieder- sachsen. und nun ist man auch noch Schlusslicht bei der Einführung von Ganztagschulen. So kommen wir nicht voran bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.“

Bürgerpreis Landkreis Harburg 2005

Preisträger 2004 Heinz Kirsch stiftet Preisgeld für Kindertagesstätten

Die lokale Initiative „Bür- gerengagement“ verleiht in diesem Jahr zum zwei- ten Mal den Bürgerpreis für ehrenamtliche Tätig- keiten. In diesem Jahr lau- tet das Motto „Zusam- men leben – Nachbarschaft neu ent- decken“. Die Sparkasse Harburg-Buxtehude hat gemeinsam mit dem Landkreis Harburg sowie den Bundestagsabgeord- neten Monika Griefahn und Michael Grosse- Broemer die lokale Aktion „Bürgerengagement“ im Landkreis Harburg ins Le- ben gerufen. Insgesamt gibt es in diesem Jahr wieder Preisgelder in Hö- he von insgesamt 6.000 Euro zu gewinnen. Die Entscheidung über die Preisträger fällt die Jury, zu der die Bundestagsab- geordneten Monika Griefahn, Michael Grosse- Broemer sowie Landrat Axel Gedaschko und

Sparkassenvorstandsvor- sitzender Heinz Lüers ge- hören. Als rotierendes Mitglied ist diesmal Al- bert Paulisch, Direktor des Amtsgerichts Winsen da- bei. Bewerbungsschluss war Ende Mai; der Preis wird jetzt am 4. Juli ver- liehen.

Im vergangenen Jahr war Heinz Kirsch aus Bullen- hausen einer der Preisträ- ger zum Thema „Genera- tionen – Jung und Alt“. Er wurde für sein Lebens- werk ausgezeichnet, weil er sich seit über 40 Jahren aktiv in seinem Heimatort Bullenhausen ehrenamt- lich engagiert. Das Preis- geld von der Sparkasse Harburg-Buxtehude in Höhe von 2.000 Euro hat Heinz Kirsch sofort wie- der einem guten Zweck zukommen lassen. Er stif- tete es zwei Kindertages- stätten: Die DRK- Kindertagesstätte in Bul-



lenhausen erhält ein „Baustein-Spielmobil“, das aus 24 einzelnen, bunten geometrischen Figuren aus Schaumstoff besteht. Die DRK- Kindertagesstätte in Stelle erhält ein „Riesen- Baustein-Set“ mit 21 Bau- klötzen. Der Bürgerpreis ist für Heinz Kirsch kein Grund, sein ehrenamtliches Engagement zu reduzieren - im Gegenteil. Aus eigener Tasche stifte-

te Heinz Kirsch außerdem noch ein Schwungtuch, mehrere Stelzen und Spielwürfel. Das beige- füllte Foto zeigt inmitten der Kinder der DRK- Kindertagesstätte Bullen- hausen hinten links den Preisträger 2004 Heinz Kirsch, daneben die Stell- vertretende Leiterin der Einrichtung, Frau Susann Stöckemann.

Besuch im Schullandheim Schneverdingen

Monika Griefahn und Dieter Möhrmann informierten sich vor Ort



Von links: SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn, Klaus Kruse, Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Schullandheime e.V., SPD-Landtagsabgeordneter Dieter Möhrmann, Heinz Fänder, Vorsitzender des Trägerversions, Claus-Peter Kramer, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Hamburger Schullandheime.

Ende April besuchte die Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn gemeinsam mit ihrem Landtagskollegen Dieter Möhr-

mann auf Einladung des Leiters Jens Spies das Schullandheim in Schneverdingen. Diese Einrichtung, eine von ca. 400 Schullandheimen in Deutschland, wird im Jahr 2006 ihr 80-jähriges Bestehen feiern. Die beiden Abgeordneten erfuhren, dass ca. 1,2 Millionen Schülerinnen und Schüler während ihrer Schulzeit mehrtägige Fahrten in Schullandheime unternehmen und dort eine besondere Form von Unterricht erfahren. Am Beispiel des Schneverdingener Schullandheims wurden in Anwesenheit von Claus-Peter Cramer, dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Hamburger Schullandheime, und Klaus Kruse, Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Schullandhei-

me e.V. die pädagogischen Vorteile eines Aufenthaltes im Schullandheim dargestellt. Beeindruckt zeigten sich Monika Griefahn und Dieter Möhrmann von der multimedialen Ausstattung des Hauses. Dort wird die bewährte Schullandheimpädagogik mit den modernen Medien verknüpft. Es werden auch pädagogisch begleitete Projektwochen u.a. zur Berufsvorbereitung, zum Antiaggressionstraining und zur Ernährungslehre angeboten. Beliebt ist auch das „Moorevent“, eine Kombination aus interaktiver Naturkunde mit einer CD-ROM, gepaart mit Töpfern, Gruselgeschichten und einer Wanderung durch das Pietzmoor. Interessiert fragte Monika Griefahn nach den Angeboten des Schullandheims im Bereich der Ferien- und Wo-

chenendfreizeiten, der Kommuni-ons- und Konfirmationsvorbereitung. Erörtert wurden auch die zunehmenden ökonomischen Schwierigkeiten der Schullandheime, die sich finanziell selber tragen müssen. Zu den Erschwernissen zählen z.B. der Schulfahrtenboykott von Hamburger Lehrern und die zunehmende Konkurrenz anderer Aufenthaltsangebote, die an Schulen herangetragen werden. Erörtert wurde auch die Frage, wie finanzielle Fördermittel des Bundes oder der EU für Schullandheime vor Ort eingeworben werden könnten. Ein erneuter Besuch wurde für den April 2006 zum 80. Geburtstag des Schullandheimes Schneverdingen in Aussicht gestellt.

Schadstoffe beim Bau erkennen und vermeiden

Monika Griefahn informierte sich beim Bauunternehmen Rübke über Toxproof-Siegel



Bauunternehmer Stefan Rübke (links) führte Monika Griefahn durch die Ausstellung seines Unternehmens.

Es war für die Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn Ende April 2005 fast ein Ausflug in ihre Vergangenheit als Umweltministerin: Das Bauunternehmen W. Rübke in Walsrode erfüllt bei seinen Massivbauten viele Forderungen nach

schadstofffreien Baumaterialien, die in der Politik schon seit Jahren gestellt wurden. Bauunternehmer Stefan Rübke stellte der Bundespolitikerin sein Unternehmen vor, das im Bereich der Massivbauten als erstes Bauunternehmen in Deutschland mit dem Toxproof-Siegel des TÜV Rheinland ausgezeichnet wurde. Man habe vor der Zertifizierung schon auf möglichst schadstofffreie Baumaterialien geachtet, erläuterte Stefan Rübke. Die Zertifizierung mit dem Toxproof-Siegel, die jedes Jahr erneuert werden muss, setzt klare Maßstäbe. An der dem Projekt und der Auszeichnung

mit dem Toxproof-Siegel ist Hans Eric Meyer, Umweltpo- theker aus Scheeßel und ein persönlicher Freund von Stefan Rübke, maßgeblich beteiligt. Meistens komme er beruflich in Häuser, in denen alles schon zu spät ist, erläuterte er. Mit seiner Unterstützung wurden beim Bauunternehmen Rübke Produktlisten erstellt, mit denen die eingesetzten Handwerker arbeiten. „Wir bauen definitiv gesund“, erläuterte Stefan Rübke der Bundespolitikerin, „wir wissen was wir da einbauen und was nicht.“ Und ein nach Toxproof-Kriterien gebautes Haus sei nicht teurer als ein „normales“ Haus, hob er hervor. Vor der Übergabe an die Kunden führt Umweltpo-

theker Hans Eric Meyer eine Raumluftuntersuchung durch, um die Schadstofffreiheit beim Bau zu belegen. Bauherren erhalten eine Beratung für die Verwendung der Materialien bei Malerarbeiten und bei Bodenbelägen, die gern in Eigenleistung durchgeführt werden. Übrigens gilt das Toxproof-Siegel auch für durchdachte Renovierung und Modernisierung von Altbauten. „Heute ist es wesentlich, dass Bauunternehmer und Handwerker das selbst anbieten“, hob Monika Griefahn hervor. „Wir haben es schon vor Jahren in der Politik gefordert, doch wenn die Handwerker selbst nach diesen Kriterien arbeiten, ist es überzeugend.“

Monika Griefahn informierte sich im Tierheim Hodenhagen



Monika Griefahn (zweite von links) und ihre Begleitung informierten sich im Tierheim Hodenhagen. Von links: Annette Schütz, Monika Griefahn, Anke Forenthail mit Hündin Lea, Ulla Schliekelmann, Frank Forenthail, Marie Pöllmann, Ilse Plöger, Gerhard Ewald, Ulrike Wichmann-Wrede und die beiden Girl's Day-Praktikantinnen Svenja Ebert und Christina Hogrefe.

Schon lange war der Besuch geplant, jetzt endlich konnte er realisiert werden: Monika Griefahn besuchte das Tierheim Hodenhagen und informierte sich dort über die tägliche Arbeit und Probleme des Tierschutzes. Frank Forenthail, der Vorsitzende des Tierschutzvereins für den Altkreis Fallingbostal, führte die Bundestagsabgeordnete und ihre Begleitung gemeinsam mit weiteren Aktiven durch das Tierheim und seine Außenanlagen. Monika Griefahn, zu deren Familie auch ein Hund gehört, war sehr beeindruckt von den großen Zwingern für Hunde und Katzen im Gebäude

sowie Ausläufen an frischer Luft. Für die Katzen stehen dort viele Körbe und sogar ein kuscheliges Sofa zur Verfügung, das gespendet wurde. Die Hunde nutzen den Freilauf im Außenzwinger, um sich allein oder in Gesellschaft mal so richtig auszutoben.

Eine Wiese neben dem Tierheim konnte dazu gepachtet werden, um dort Hoftiere aufzunehmen, die aus privater Hobbyhaltung gerettet werden mussten. Auch Meeresschweinchen und andere Tiere werden im Tierheim abgegeben, auch eine Schildkröte, die sich als Schnappschildkröte entpuppte, sowie auch mal Schlangen oder ein Chinchilla. „Der war uns als kleines Känguru gemeldet worden“, schmunzelte Frank Forenthail. Wenn Exoten und Vögel ins Tierheim kommen, wird immer gleich mit Christian Erdmann von der Wildtierstation Lindwedel Kontakt aufgenommen, um die Tiere dort fachgerecht unterzubringen.

Unter den rund 340 Mitgliedern des Tierschutzvereins für den Altkreis Fallingbostal sind rund 40 Aktive, die sich in verschiedenster Form in die Arbeit im und für das Tierheim einbringen. Dazu gehört bei einigen auch die ehrenamtliche Mitarbeit im Tierheim, um die hauptamtlichen Mitarbeiter zu unterstützen. Mit fünf Dreiviertelstellen und zwei geringfügig Beschäftigten wird dort zurzeit die Arbeit bewältigt. Interessierte Mädchen nutzen den Girl's Day, wie in diesem Jahr Svenja Ebert und Christina Hogrefe, um sich über die Arbeit in einem Tierheim zu informieren, das Tierheim Hodenhagen gehört auch zum Praktikumsprogramm der Realschule und junge Menschen, denen die Ableistung von Stunden mit gemeinnütziger Arbeit auferlegt wurde, helfen ebenfalls bei der Arbeit im Tierheim.

150 bis 180 Hunde und rund 350 bis 400 Katzen werden pro Jahr im Tierheim Hodenhagen aufgenommen. Mit den Kommunen sind Verträge für die Übernahme der Pflegekosten für 28 Tage geschlossen worden. Doch häufig kann eine Vermittlung schneller erfolgen, so dass es für die Kommunen kostengünstiger wird. „Und wir haben wieder einen Zwinger frei, der nie lange frei bleibt“, erläuterte Frank Forenthail gegenüber Monika Griefahn. Häufig kommen Tiere durch „Familientragödien“, wie

Todesfälle oder auch Trennung von Halterpaaren ins Tierheim. Über das Internet werden von zahlreichen Interessierten Kontakte zum Tierheim geknüpft, denn dort werden die zu vermittelnden Tiere mit liebevoll gestalteten Texten vorgestellt. Oftmals werden aus solchen Kontakten später „neue Menschen“ für die Vierbeiner. Eine Besonderheit beim Tierschutzverein für den Altkreis Fallingbostal ist der Tierfriedhof neben dem Tierheim. Hier können diejenigen, die keinen eigenen Garten zur Bestattung ihres Haustieres haben und es nicht in die Tierverwertung geben möchten, für zunächst drei Jahre ein Grab pachten. Auch eine anonyme Bestattung in einem Rasengrab ist möglich.

Frank Forenthail bemängelte, dass für Tierschutzvereine in Niedersachsen kein Verbandsklagerecht existiert. Es würde in strittigen Fällen von Tierquälerei und vernachlässigter Tierhaltung hilfreich sein. Bei Tierschutzkontrollen müssen oftmals Sachverständige und Staatsanwälte eingeschaltet werden, um Tiere zu retten. „Ich habe den Eindruck gewonnen, dass im Tierheim Hodenhagen von allen Beteiligten sehr engagiert und umsichtig zum Wohl der Tiere gearbeitet wird“, freute sich Monika Griefahn, „und hoffe, dass die Tiere so schnell in gute Hände vermittelt werden können, dass es vielleicht doch öfter mal wieder heißt: Zwinger frei.“

Umsetzung von Hartz IV: Monika Griefahn und Lars Klingbeil informierten sich bei der Agentur für Arbeit



Die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn und Lars Klingbeil (sitzend) schauten sich am Computer die Arbeitsangebote im neu gestalteten Eingangsbereich der Geschäftsstelle Soltau an, unterstützt von Hartwig Mienert (links), dem Geschäftsstellenleiter der Agentur für Arbeit Soltau, und Harald Eitge (rechts), dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Uelzen.

Auf Einladung der Agentur für Arbeit Uelzen führten die SPD-Bundestagsabgeordneten Monika Griefahn und Lars Klingbeil ein Informationsgespräch in der Soltauer Geschäftsstelle, um sich vor Ort über die Umsetzung von Hartz IV zu informieren und die dort gewonnenen Anregungen in ihre politische Arbeit in Berlin einfließen zu lassen. Auch

mit dem optierenden Landkreis Soltau-Fallingb. wurde bereits ein Gespräch geführt. Harald Eitge, Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Uelzen, warb dabei eindringlich für das so genannte Kooperationsmodell, das „Uelzener Modell“, das von der Agentur für Arbeit Uelzen entwickelt wurde.

Es habe, so Eitge, den großen Vorteil, dass die Betreuung sämtlicher Kunden aus den Bereichen Sozialgesetzbuch (SGB) II und III in einer Hand liege. Dies sei weder bei Bildung einer Arbeitsgemeinschaft noch bei Wahrnehmung der Option durch den Landkreis gegeben. Die Betroffenen wüssten meist zunächst gar nicht, zu welchem Bereich sie gehören. So könne es problemlose Übergänge zwischen dem

Arbeitslosengeld und dem Arbeitslosengeld II geben. Auch alle Ausbildungsplatzsuchenden nach den SGB II und III würden eine Gleichbehandlung erfahren. Die Agentur für Arbeit Uelzen sei im Bereich des Kooperationsmodells ein Service Center für alle Kunden.

Im Bereich des Landkreises Soltau-Fallingb., der zu den optierenden Landkreisen im Land Niedersachsen gehört und somit für die Empfänger von Arbeitslosengeld II und alle Leistungen nach dem SGB II zuständig ist, gebe es häufig eine Konkurrenzsituation, erläuterte Harald Eitge. Die Agentur für Arbeit wie auch der Landkreis bemühen sich bei Arbeitgebern in der Region um Arbeits- und Ausbildungsplätze. Auch Harald Mienert, Geschäftsstellenleiter der Agentur für Arbeit Soltau, bedauerte diese Doppelbetreuung der Arbeitgeber, hob jedoch hervor: „Mit dem Landkreis haben wir eine sachliche Zusammenarbeit im operativen Bereich.“ Es werde gemeinsam an einer guten Zusammenarbeit zwischen der Agentur für Arbeit und dem Landkreis gearbeitet. So finde die Erstorientierung für Ausbildungsplatzsuchende über die Berufsberatung der Agentur für Arbeit statt und werde dann über den Landkreis wei-

tergeführt. „Da haben wir in der Praxis eine gute Lösung gefunden.“

Die gute Zusammenarbeit wurde von Monika Griefahn und Lars Klingbeil als sehr wichtig angesehen. „Für 80 % der Bundestagsabgeordneten war eine Bündelung der Kompetenzen und eine gute Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen der wichtigste Grund bei der Verabschiedung des Gesetzes“, hob Monika Griefahn hervor. Konkurrenzsituationen sollten vermieden werden. Es gehe um das klare Ziel, mit gemeinsamer Anstrengung möglichst viele Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, waren sich die beiden Bundestagsabgeordneten einig. Lars Klingbeil hob hervor, dass bei der Betreuung der Arbeitslosen der Betreuungsschlüssel früher bei 750 Fällen pro Bearbeiter gelegen habe. „Diese Zahl wurde inzwischen deutlich nach unten korrigiert.“ Eine Bitte gab Harald Eitge den beiden Bundestagsabgeordneten mit auf den Weg nach Berlin: „Bei der Auswertung der Umsetzung des Hartz IV-Gesetzes werden nur die Arbeitsgemeinschaften und die Optionslösung bewertet. Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass auch das Kooperationsmodell mit einbezogen wird.“

Monika Griefahn besuchte Agentur für Arbeit Lüneburg



Das Foto zeigt (v.l.n.r.): den Vorsitzenden der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Lüneburg, Herrn Bernd Passier, Monika Griefahn MdB und den zukünftigen ARGE-Leiter im Landkreis Harburg, Herrn Michael Niemeyer.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn informierte sich jetzt bei einem Gespräch in der Agentur für Arbeit Lüneburg über den Stand der Umsetzung der Arbeitsmarktreformen. Die Geschäftsstellen Buchholz

und Winsen im Landkreis Harburg gehören zum Bezirk der Agentur für Arbeit Lüneburg.

Monika Griefahn sprach unter anderem mit Herrn Bernd Passier, dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Lüneburg, und Herrn Michael Niemeyer, der die ARGE (Arbeitsgemeinschaft aus der Agentur für Arbeit und Kommunalem Träger) im Landkreis Harburg leiten wird. Am Gespräch beteiligt waren aus der Führungsspitze der Arbeits-

agentur auch die Herren Rolf Sixt, Ortgis Brandt und Claus-Dieter Müller sowie die SPD-Landtagsabgeordnete Brigitte Somfleth. Im Mittelpunkt der Gespräche stand unter anderem die aktuellen Entwicklung auf dem regionalen Arbeitsmarkt, die bevorstehende Aufnahme der Tätigkeit der ARGE im Lkr. Harburg, die Vermittlung von Ein-Euro-Jobs und die Frage der Saisonarbeiter in der Landwirtschaft. Zurzeit werden die personellen Kapazitäten der Arbeitsagentur noch sehr stark durch den Leistungsbe- reich gebunden. Die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe der Erwerbsfähigen zum neuen Arbeitslosengeld II und die Antragsbearbeitung brauchen ihre Zeit. Die ARGE im Landkreis Harburg ist noch im Aufbau befindlich; noch fehlt in Teilen auch das notwendige Personal. In Buchholz soll die Arbeit am 1.10.2005 aufgenommen werden, in

Winsen am 1.12.2005. Der Verwaltungsrat soll ab dem 1.7.2005 seine Arbeit aufnehmen. In anderen Regionen arbeiten die ARGE bereits seit Ende 2004. Monika Griefahn: „Ich konnte mir jetzt bei der Agentur für Arbeit Lüneburg ein Bild von der Umsetzung der Arbeitsmarktreformen machen. Für eine abschließende Bewertung, ob die Arbeitsmarktreformen auch im Landkreis Harburg erfolgreich sein werden, ist es nach etwas über 4 Monaten nach Inkrafttreten der Gesetze noch viel zu früh. Die örtliche ARGE muss erst einmal ihre Arbeit aufnehmen. Ich werde daher weiter im Gespräch mit der Agentur für Arbeit bleiben. Bundesweit gibt es erste Erfolge. Die Betreuung gerade junger Menschen unter 25 ist deutlich verbessert worden. Vorrang muss in Zukunft die Vermittlung und Förderung haben.“

Jugendliche mit einem Bundestags-Stipendium für ein Jahr in die USA



Die Schülerin Mareike Rensch von der KGS Schneverdingen fährt mit einem Bundestagsstipendium unter der Patenschaft von Monika Griefahn Ende Juli dieses Jahres für ein Jahr in die USA.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn teilt mit, dass auch im Sommer 2006 wieder 250 Schüler/innen und 100 junge Berufstätige mit einem Stipendium des Deutschen Bundestages für ein Jahr in die USA reisen können.

Diese Möglichkeit eröffnet das zwischen dem Deutschen Bundestag und dem Kongress der USA beschlossene Parlamentarische Paten-

schafts-Programm. 1983 wurde das Parlamentarische Patenschafts-Programm aus Anlass des 300. Jahrestages der ersten deutschen Einwanderung gemeinsam vom Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Deutschen Bundestag beschlossen. Dieses Austauschprogramm soll der jungen Generation in beiden Ländern die Bedeutung freundschaftlicher Zusammenarbeit, die auf gemeinsamen politischen und kulturellen Wertvorstellungen beruht, auf anschauliche Weise vermitteln. Das Programm sieht einen einjährigen Aufenthalt von jungen Deut-

schen und jungen Amerikanern im jeweiligen Gastland vor. Mitglieder des Deutschen Bundestages übernehmen in dieser Zeit die Patenschaft für die Jugendlichen. Bundesweit stehen 350 Stipendien zur Verfügung, davon 250 für Schüler/innen und 100 für junge Berufstätige.

Im Rahmen eines Stipendiums werden vom Deutschen Bundestag und dem Kongress der USA die Flug- und sonstigen Reisekosten, die Programmkosten, die Versicherungskosten und die Kosten für das Vor- und Nachbereitungsseminar übernommen. Nicht übernommen werden das

Taschengeld und die Fahrtkosten zu den Auswahlgesprächen, die möglichst in Wohnortnähe stattfinden.

Die Jugendlichen wohnen in den USA in Gastfamilien. Schüler/innen besuchen eine amerikanische High School, junge Berufstätige ein Community College oder eine vergleichbare Bildungsstätte und absolvieren ein Praktikum in einem amerikanischen Betrieb.

Der Deutsche Bundestag erwartet, dass die Stipendiaten als junge "Botschafter" ihres Landes einen dauerhaften Beitrag zu einer besseren Verständigung zwischen jungen Deutschen und Amerikanern leisten.

Die Auswahl orientiert sich in erster Linie an dem Persönlichkeitsbild, der Motivation und Eignung der Bewerber für einen einjährigen USA-Aufenthalt. Bewerber mit guten staatsbürgerlichen Kenntnissen werden bevorzugt. Von den Bewerbern werden gute englische Sprachkenntnisse erwartet.

Teilnehmen können Schüler und Schülerinnen mit guten Schulleistungen,

die am 31.7.2006 mindestens 15 und höchstens 17 Jahre alt sind (Geburtsstage vom 1.8.1988 bis 31.7.1991). Teilnehmen können auch junge Berufstätige, die zum Zeitpunkt der Ausreise (31.7.2006) ihre Berufsausbildung abgeschlossen haben und mindestens 16 und höchstens 22 Jahre alt sind (Geburtsstage vom 1.8.1983 bis 31.7.1990).

Einzelheiten und genaue Teilnahmevoraussetzungen ergeben sich aus einem Faltblatt mit Bewerbungskarte. Das Faltblatt kann angefordert werden bei Monika Griefahns Bürgerbüro Lkr. Harburg (Tel.: 04171 / 780171) oder Monika Griefahns Büro Lkr. Soltau-Fallingb. (Tel.: 05195 / 5050). Die Bewerbung muss mit der vorgesehenen Bewerbungskarte erfolgen. Diese muss bis spätestens 2. September 2005 bei der zuständigen Austauschorganisation eingegangen sein.



Ausführliche Informationen über das Parlamentarische Patenschaftsprogramm sind auch im Internet unter www.bundestag.de/ppp zu finden. Dort kann auch die Bewerbungskarte herunter geladen und ausgedruckt werden.

Nach rechtzeitiger Einsendung der Bewerbungskarte erhalten die Bewerber, die die formellen Voraussetzungen erfüllen, von der Austauschorganisation die vollständigen Bewerbungsunterlagen, die innerhalb einer bestimmten Frist zurückzusenden sind. Die Austauschorganisation entscheidet, welche Bewerber zu Auswahlgesprächen, die möglichst in Wohnortnähe stattfinden, eingeladen werden. Die Austauschorganisationen legen abschließend der/dem Abgeordneten, die/der sich für den jeweiligen Wahlkreis am Programm beteiligt, eine Liste der am besten geeigneten Bewerber vor. Die/Der Abgeordnete nominiert aus dieser Liste die/den Stipendiatin/Stipendiaten und die/den Ersatzkandidatin/Ersatzkandidaten.

Im Wahlkreis Nr. 36 „Soltau-Fallingb. – Winsen L.“ ist die zuständige Austauschorganisation für Schüler/innen: EXPERIMENT e.V., Friesdorfer Straße 194a, 53175 Bonn, die zuständige Austauschorganisation für junge Berufstätige: Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWEnt), Weyerstr. 79 – 83, 50676 Köln.

Auf der anderen Seite kommen im Rahmen dieses Austauschprogramms in jedem Sommer amerikanische Schüler/innen und junge Berufstätige nach Deutschland. Die Abgeordnete Monika Griefahn bittet daher die Familien im Landkreis Harburg um ihre Bereitschaft, einen der jungen Gäste für ein Jahr aufzunehmen. Interessierte Familien werden gebeten, sich im Wahlkreisbüro die Adresse der für den Landkreis Harburg zuständigen Schüler- oder Berufstätigen-Austauschorganisation mitteilen zu lassen.

Weitere Informationen gibt es unter: <http://www.bundestag.de/ppp>.

Schüler aus Kakenstorf zu Gast im Bundestag



Das Foto zeigt Monika Griefahn mit Herr Wolfgang Witte und seiner Schülergruppe im Bundestag.

Sechs Schülerinnen und Schüler der Rudolf-Steiner-Schule Kakenstorf nutzten jetzt die Gelegenheit, die Arbeit der

deutschen Parlamentarier einmal aus nächster Nähe zu betrachten. Zunächst schauten sich die jungen Leute das Reichstagsgebäude mit der beeindruckenden gläsernen Kuppel einmal von innen an.

Dann folgte ein einstündiges Treffen mit der Bundestagsabgeordneten Monika Griefahn. Hier erfuhren die Schülerinnen und Schüler, wie der Bundestag organisiert ist. Besonders interessierte sie die alltägliche Arbeit der Abgeordneten und ihre Arbeitsabläufe.

Erstaunt waren sie, als Monika Griefahn berichtete, wie viele Termine sie an einem Tag wahrnimmt.

Auch zur Architektur der Parlamentsgebäude kamen viele Fragen. Vor allem das 500m lange Tunnelsystem, welches die Häuser unterirdisch miteinander verbindet und mehrfach unter der Spree durchführt, faszinierte die Schüler. Nachdem alle Fragen geklärt waren konnte die Gruppe einer Sitzung im Plenum beiwohnen, um gespannt der Debatte zuzuhören.

Monika Griefahn eröffnete 4. Fachgespräch zur UNESCO Konvention

Am Dienstag, den 26. April 2005, eröffnete Monika Griefahn das Vierte Fachgespräch zur UNESCO-Konvention zum Schutz kultureller Vielfalt. Mehr als 80 Teilnehmer waren der Einladung gefolgt, um in der bundesweiten Koalition zur kulturellen Vielfalt den neuen Entwurf der UNESCO zu diskutieren. Neben zahlreichen Teilnehmern der unter-

schiedlichen Verbände und Interessengruppen beteiligten sich unter anderem Dr. Andrea F.G. Raschèr (Schweizerisches Bundesamt für Kultur), Paul Dubois (Botschafter Kanadas) und Akira Mizutani (Gesandter der Botschaft von Japan) an der Diskussion. Monika Griefahn dazu: "Es ist wichtig, die Verankerung von kultureller Vielfalt in einem

internationalen Regelwerke zu diskutieren. Nur so können wir Möglichkeiten finden, das Bunte und Lebendige der unterschiedlichen Kulturen trotz der zunehmenden wirtschaftlichen Liberalisierung zu erhalten. Mit der UNESCO-Konvention haben wir die Chance, auf internationaler Ebene eine wirkungsvolle Vereinbarung zu treffen, mit der

sich kulturelle Vielfalt im Zusammenhang des GATS oder anderen Abkommen behaupten kann. Ich freue mich, dass das heutige Treffen erneut gezeigt hat, auf wie viele Fürsprecher sich die kulturelle Vielfalt in Deutschland verlassen kann. Kultur ist eben nicht nur Ware, sondern öffentliches Gut."

Monika Griefahn fordert, Kultur als Staatsziel zu verankern

Monika Griefahn, Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag erklärt: „Heute legt die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ dem Bundestagspräsidenten ihren Zwischenbericht vor. Ich begrüße die darin enthaltene Forderung

nach einer Verankerung des Staatsziels Kultur im Grundgesetz ausdrücklich. Die von der Kommission vorgeschlagene Formulierung des Artikels 20b „Der Staat schützt und fördert die Kultur“ ist richtig. Solch eine Verankerung fehlt bisher im Grundgesetz, obwohl die

deutsche Gesellschaft und Politik ganz konkret auf kulturellen Grundwerten basiert und von diesen abhängt. Die staatliche Förderung von Kunst und Kultur hat nicht nur eine lange und besonders intensive Tradition, sondern gehört zu den Grundfesten unserer

Gesellschaft. Zu dieser Säule des Zusammenlebens sollten wir uns auch im Grundgesetz bekennen und verpflichten. Der im Herbst neu zu wählende Bundestag sollte dieses Staatsziel im Grundgesetz verankern.“

Berlinfahrt mit Überraschung



Die Teilnehmer aus dem Norden des Landkreises Soltau-Fallingb. ...



... und aus dem Süden diskutierten mit Monika Griefahn im Willy-Brandt-Haus.

Auf Einladung der SPD-Bundestagsabgeordneten Monika Griefahn unternahm eine dreitägige Informationsfahrt nach Berlin. „Das war ein ganz tolles Programm!“, lautete das einhellige Fazit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Das Bundespresamt hatte sogar noch einen ganz besonderen Punkt beigesteuert: einen Besuch beim ZDF-Hauptstadtstudio und die Teilnahme am Morgenmagazin. Während alle dachten, nur das Publikum auf den Rängen zu sein, fanden sie sich plötzlich im Mittelpunkt des Geschehens wieder.

Aus den vermeintlichen Statisten wurden Akteure. Christel Dietrich aus Bierende und Uwe Röhrs aus Neuenkirchen nahmen auf dem Sofa Platz und wurden zu einem aktuellen Thema interviewt; Silke Mundhenke aus Schwarmstedt war auserkoren, an einer Preisfrage teilzunehmen. Und der Rest der Gruppe saß an den Tischen, über die immer wieder die Kamera schwenkte, und trank Kaffee.

In der Niedersächsischen Landesvertretung erfuhr die Heidjer-Gruppe alles Wissenswerte über die Arbeit für den Bundesrat, der ebenfalls besucht wurde. Bei der Besichtigung des Plenarsaals wurde über die Aufgaben und die Arbeit des Parlaments informiert; danach ging es über den kurzen

Weg zur Reichstagskuppel. Es fand ein Informationsgespräch im Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung statt und eine Führung durch die SPD-Parteizentrale Willy-Brandt-Haus, das bei seiner modernen Optik und ein durch und durch ökologischer Bau ist. Hier wurde auch mit der Bundestagsabgeordneten Monika Griefahn diskutiert. Während einer Stadtrundfahrt, orientiert an politischen Gesichtspunkten, erhielten die Heidjer viele Einblicke, die am Abend vom Wasser aus komplettiert wurden: bei einer Spreefahrt konnte der Innenstadtbereich vom Wasser aus begutachtet werden.

Berlin ist untrennbar auch mit der Stasi-Zeit verbunden, deshalb durfte eine

Führung durch die Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße, die ehemalige Stasi-Zentrale, nicht fehlen. Die Besucherinnen und Besucher aus dem Landkreis

Soltau-Fallingbostal erhalten bedrückende Einblicke in eine Zeit von Bespitzelung und Willkür, unter der viele Menschen leiden mussten und auch den Tod fanden. Die Füh-

rung im Potsdam Museum, einem ehemaligen Stasi-Gefängnis, war für einige Teilnehmer kaum zu ertragen. Mit einer Sonderführung in der Gedenkstätte für das Pots-

damer Abkommen, dem Schloss Cecilienhof in Potsdam, wurde die erlebnisreiche Fahrt beendet.

Aktuelle Termine

Datum	Zeit	Thema	Ort
6.6.	20:00	Monika Griefahn nimmt an der Sitzung des Unterbezirks Soltau-Fallingbostal teil (parteintern)	„Forellenhof“, Walsrode-Hünzingen
7.6.	18:00 – 19:30	Bürgersprechstunde Monika Griefahn in Buchholz i.d. Nordheide, Anmeldung erbeten unter Tel.: 04171 / 780171	SPD-UB-Büro, Steinbecker Str. 24, Buchholz i.d.N.
17.6.	20:00	Monika Griefahn spricht auf der Ortsvereinsversammlung des SPD-Ortsvereins Winsen (Luhe) „Bericht aus Berlin“	Winsen
18.6.	10:00	Monika Griefahn beim Festakt des Gymnasiums Winsen (Luhe)	Bürgerweide, Winsen
18.6.	15:00	Monika Griefahn beim Vielseitigkeitsreitturnier in Luhmühlen und auf dem Heimatfest Bullenhausen	Luhmühlen bzw. Bullenhausen
19.6.	13:35	Monika Griefahn auf dem Buchholzer Stadtlauf (Walking)	Buchholz i.d.N. Innenstadt
21.6.	20:00	Monika Griefahn spricht auf der Ortsvereinsversammlung des SPD-Ortsvereins Buchholz i.d.N. „Bericht aus Berlin“	Buchholz i.d.N.
22.6.	20:00	Monika Griefahn besucht den SPD-Ortsverein Schneverdingen, „Die SPD vor der Bundestagswahl“	Schneverdingen
2.7.	10:00	Wahlkreis-Konferenz zur Bundestagswahl Wahlkreis Nr. 36	Freizeitbegegnungsstätte Schneverdingen
2.7.	14:00	Bezirksparteitag SPD-Bezirk Nord-Niedersachsen	Freizeitbegegnungsstätte Schneverdingen

Politik im Internet: Aktuelle Link-Tipps

Wenn Sie auf die Links klicken, werden die Internetseiten bei bestehender Internetverbindung direkt in Ihrem Browser geöffnet!

Internetadresse	Erläuterung
www.monika-griefahn.de	Internetseite von Monika Griefahn MdB, Tipp: In der Rubrik „Service“ finden sich unter „Linkliste“ rund 1.000 Links, darunter auch 500 Links von Anbietern aus den Landkreisen Harburg und Soltau-Fallingbostal
www.spd.de	Internetangebot der Bundes-SPD
www.spd-niedersachsen.de	Internetangebot der Landes-SPD
www.spdfraktion.de	Internetangebot der SPD-Bundestagsfraktion mit den aktuellen Topthemen Zeit für Innovationen, Ausbildungsumlage, Bekämpfung der Schwarzarbeit, Jugendliche vor Alcopops schützen, EU-Erweiterung und Agenda 2010
www.spd-landesgruppe-niedersachsen.de	Die SPD-Landesgruppe: die Internetseite der 31 niedersächsischen SPD-Bundestagsabgeordneten in der SPD-Bundestagsfraktion
www.arbeitsmarktreform.spd.de	Informationen zu Hartz IV und zu den Arbeitsmarktreformen von der SPD

Deutscher Bundestag

Mitarbeiter: Dirk Beusch, Renate Mantzke
 Platz der Republik, 11011 Berlin
 Bürogebäude: Paul-Löbe-Haus
 Tel: (030) 227-72425 / 26
 Fax: (030) 227-70125
 Email: monika.griefahn@bundestag.de

Bürgerbüro Lkr. Harburg

Mitarbeiter: Matthias Westermann
 Brauhofstraße 1,
 21423 Winsen/Luhe
 Tel: (04171) 780171
 Fax: (04171) 780172
 Email: monika.griefahn@wk.bundestag.de

Büro Lkr. Soltau-Fallingbostal

Mitarbeiterin: Gunda Ströbele
 Uppen Drohm 19,
 29643 Neuenkirchen
 Tel: (05195) 5050
 Fax: (05195) 5052
 Email: sfa@monika-griefahn.de